

Antrag G1: Leitantrag

Antragsteller*in:	Landesvorstand Die Linke Thüringen
Status:	eingereicht
Antragsblock:	Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

1

Neu beginnen.

2

Für den Wiederaufbau einer starken Linken in Thüringen

3 Einleitung

4 Wir stehen vor einem Neubeginn in Thüringen: Im Land, als Partei und als Fraktion.
5 Das Ergebnis der Landtagswahl am 1. September 2024 war eine Niederlage für uns. Es
6 ist nicht gelungen, unsere Wahlziele zu erreichen und die anhaltend hohen
7 Zustimmungswerte für unseren Ministerpräsidenten Bodo Ramelow und die realen Erfolge
8 von zehn Jahren linker Regierungsführung auf unsere Partei und unser Wahlergebnis zu
9 lenken.

10 Gleichzeitig haben wir eine Landespartei, einen Jugendverband und einen
11 Spitzenkandidat erlebt, die quer durchs Land einen wahnsinnig engagierten Wahlkampf
12 hingelegt haben. Wir haben eine Partei gesehen, an die wir selbst wahrscheinlich kaum
13 noch geglaubt haben. Seit der Spaltung der Partei durch den Austritt von Sahra
14 Wagenknecht und noch einmal verstärkt im Wahlkampf sind zudem so viele Menschen in
15 unsere Partei eingetreten, wie seit vielen Jahren nicht mehr. Doch der Ausgang der
16 Wahl ist für all' jene, die für ein gerechtes, soziales, demokratisches und
17 ökologisches Thüringen stehen, ein klarer Rückschritt. Die Bedingungen für linke und
18 fortschrittliche Politik in Thüringen werden erst einmal schwerer - auch gerade
19 angesichts des weiteren Aufschwungs der AfD und der Tatsache, dass es der
20 rechtsradikalen Partei gelungen ist, die zentralen Themen der gesellschaftlichen
21 Debatte zu setzen. Die jahrelange Arbeit von rechts in der Gesellschaft, den Medien
22 und im politischen Raum war offenbar erfolgreich. Vor allem die Thüringer CDU schwamm
23 in einigen Themen im braunen Fahrwasser mit und bemühte sich sogar, die effektivere
24 Partei im Wettbewerb um Abschiebung und Abschottung zu sein. Die Jenaer Soziologie-
25 Professorin Silke van Dyk brachte die Situation auf den Punkt: „Es verschieben sich
26 die Koordinaten des gesamten politischen Systems, und zwar so weit nach rechts, dass
27 Pegida-Forderungen von 2014 heute als zögerliche Ampelpolitik gelten.“ Wir erleben in
28 der Bundesrepublik, so schreibt sie im „Spiegel“, eine „antilinke Hegemonie“, der
29 linke Bewegungen, Parteien und Gewerkschaften bisher wenig entgegensetzen können.
30 Diese über Jahre aufgestaute Stimmung sei ein Grund der aktuellen Schwäche der
31 Linken.

32 Es ist nun unsere Aufgabe, die Gründe für unsere Niederlage zu analysieren und
33 gemeinsam Schlussfolgerungen zu ziehen. Denn unser Ziel ist weiterhin eine starke
34 Linke, die erfolgreich Politik für die sozialen Interessen der Mehrheit der Menschen
35 in unserem Land macht - denn dafür sind wir da.

36 Klar ist: Die Stimmenverluste für uns kamen nicht überraschend und sie betreffen
37 unsere Partei bundesweit seit Jahren. Der Aufschwung bei Wahlen nach der Fusion von
38 PDS und WASG geht seit Jahren fast kontinuierlich zurück. Es waren nur wenige
39 Bundesländer, die sich diesem Trend entgegenstellen konnten, lange Zeit auch

40 Thüringen. Mit 13,1 Prozent liegen wir über den Ergebnissen und dem Trend anderer
41 Bundesländer, auch weil 60% der Wähler:innen uns deshalb wählten, weil Bodo Ramelow
42 unser Spitzenkandidat war. Es wird also jetzt darauf ankommen, die langfristigen
43 Aufstellung der Partei so vorzunehmen, dass neues Vertrauen in uns als Linke
44 aufgebaut wird.

45 Wir haben einen Wahlkampf erlebt, der von Angst, Wut und Gefühlen getrieben war.
46 Rationale Debatten, landespolitische Ziele und Vorhaben traten weit hinter
47 bundespolitische Themen, wie die wütende Ablehnung der „Ampel“ und einen Fokus auf
48 Fragen von Migration, Zuwanderung und innerer Sicherheit, zurück. Die Menschen haben
49 - das zeigen die Befragungen - Angst vor Kriminalität, Krieg, dem vermeintlichen
50 Einfluss des Islams und vor zu vielen „Fremden“. Auch soziale Fragen, Arbeit, Bildung
51 oder Klimawandel wurden auf den Wahl-Podien und in öffentlichen Debatten immer unter
52 diesen Gesichtspunkten diskutiert. Unser Versuch, die Diskussion um Migration zu
53 versachlichen und die unbestrittene Notwendigkeit gezielter Zuwanderung in den
54 Vordergrund zu rücken, war zwar notwendig, führte aber nicht zu einer Versachlichung
55 der Debatte. Soziale Perspektiven, gesellschaftliche Sicherheit und die Stärke
56 Thüringens hervorzuheben war richtig als Gegenpol zum Schlechttreden des Landes,
57 überzeugte aber die Wähler*innen nicht und hatte keine Chance, die öffentliche
58 Debatte zu bestimmen. Optimismus, Stolz auf Erreichtes und die Chancen Thüringens
59 waren kein erfolgreicher Hebel, um die wutgetränkten Stimmungen in eine andere
60 Richtung zu lenken. Doch es brauchte diese Versuche der Versachlichung der
61 politischen Debatte als Ankerpunkte für eine Politik der Zuversicht und des Mutes und
62 um zu zeigen, dass die Zukunft noch nicht verloren ist. War es also falsch, es zu
63 versuchen und die Debatte zu verändern? Oder war es mit Blick auf aufklärerische
64 Politik mittelfristig und langfristig eben doch richtig? Und wäre stattdessen eine
65 fortschrittliche „Wut-Bewirtschaftung“ überhaupt möglich, die nicht in der
66 Verstärkung rechter Ressentiments landet? Klar ist: Wir müssen Antworten und Wege der
67 politischen Kommunikation finden, um für progressive Antworten wieder mehr Zustimmung
68 zu erzielen und in einer durch Emotionen bestimmten Debatte wieder Fakten, das
69 Erreichte und unsere Konzepte greifbar werden zu lassen. Fakten und Emotionen lassen
70 sich verbinden. Doch die Instrumente dazu müssen wir noch schaffen. Wir müssen uns
71 fragen: Wie treffen wir den Ton der Menschen, ohne Anderen nach dem Munde zu reden?
72 Wir haben im Vergleich zu 2019 etwa 84.000 Wähler*innen an das BSW verloren und
73 39.000 an die CDU. Beides muss uns zu denken geben. Für beide Bewegungen brauchen wir
74 Erklärungen und Handlungsoptionen, genauso Antworten auf die Frage, wie wir künftig
75 noch mehr als „nur“ 4.000 Nichtwähler*innen überzeugen können, links zu wählen.
76 Die Analyse der Wahlniederlage und darauf aufbauende Schlussfolgerungen müssen uns
77 als gesamter Partei, unseren Fraktionen, unserer Vertreter*innen in der Regierung,
78 unseren Abgeordneten sowie den uns nahestehenden Organisationen ein wichtiger
79 Ausgangspunkt für künftige Arbeit sein. Wir müssen uns dafür gemeinsam auf den Weg
80 machen und haben bereits begonnen, die Wahlen auszuwerten. Hinzuziehen müssen und
81 wollen wir auch Vertreter*innen aus der Wissenschaft (Soziologie, Wirtschafts- und
82 Medienwissenschaften, Psychologie), um Schlussfolgerungen für unsere Arbeit und das
83 Schärfen unseres Profils ziehen und schließlich ein "Projekt 2029/'30" zu entwickeln,
84 um unsere Partei in Thüringen wieder - und noch stabiler als bisher - zu einer linken
85 Volkspartei zu entwickeln. Es ist unsere Aufgabe, gemeinsam mit den Menschen für mehr
86 Gerechtigkeit in diesem Land, für mehr Demokratie und einen sozial abgesicherten
87 ökologischen Wandel zu sorgen. Dabei haben wir als ein Leuchtturm unserer Partei auch
88 Verantwortung für die Entwicklung der Linken bundesweit.

89 Gründe für die Niederlage

90 Die Gründe für unsere Wahlniederlage sind vielfältig. Es ist zu früh, die Analyse
91 abzuschließen (Stand: 24.09.2024). Daher wollen wir vorerst und nach den ersten
92 Regionalkonferenzen zur Wahlauswertung einige Aspekte anreißen, die vertieft
93 diskutiert werden müssen.

94 Ein Grund für die Stimmung in diesen krisengeschüttelten Zeiten ist, dass die
95 Menschen nicht mehr daran glauben, dass es aufwärts geht und dass es ihre Kinder
96 einmal besser haben werden, als sie selbst. Sie haben in den durch neoliberale
97 Politik geprägten Zeiten gelernt: Wenn mehr Menschen vom gleichen Kuchen etwas
98 abbekommen wollen, dann verkleinert sich ihr persönliches Stück - das nennt der
99 Soziologe Oliver Nachtwey den „Verteilungskampf des Nullsummendenkens“. Dieses Spiel
100 nutzen AfD, BSW, CDU und FDP perfekt für ihre Lobbypolitik des Kapitals und befeuern
101 das Konkurrenzdenken: Geflüchtete gegen Deutsche oder „Fleißige“ gegen Bürgergeld-
102 Empfänger:innen. Sachlich ist das völlig falsch - und vor allem verneint es eine
103 solidarische Antwort: Wir brauchen einen größeren Kuchen für Alle und müssen die
104 Verteilung der Kuchenstücke gerechter organisieren. Diese Option ist für zu viele
105 Menschen zur Zeit nicht mehr sichtbar und denkbar. Das wieder zu ändern, daran müssen
106 wir arbeiten. Gesellschaftliche Überforderung und die Angst vor wirtschaftlichem
107 Abstieg, Statusverlust oder einem neuen, riesigen gesellschaftlichen Bruch treibt die
108 Menschen um. Statt aber die sozialen, ökonomischen und verteilungspolitischen Fragen
109 in den Mittelpunkt zu stellen, führen große Teile der Politik, der Medien und der
110 Menschen mit rechten Thesen Debatten um Migration, Klimaschutz oder Gender-Fragen.
111 Das Wertesystem der Rechten soll so Normalität werden, nicht der Kampf um Verteilung,
112 für das Soziale, gemeinsame Werte und eine Gesellschaft, die so organisiert ist, dass
113 es allen besser gehen kann.

114 Gleichzeitig haben wir als Partei im Bund und im Land noch nicht die richtigen Wege
115 gefunden, um die verteilungspolitischen Fragen wirksam für einen Wandel des
116 gesellschaftlichen Klimas und für Wahlentscheidungen werden zu lassen. Dabei haben
117 wir mit unseren Vorschlägen für eine Landeswohnungsbaugesellschaft, für beitragsfreie
118 Bildung oder unsere Forderung „Ackerland in Bauernhand!“ sehr konkret gezeigt, wie
119 ein Bundesland dort aktiv werden kann, wo der Markt versagt oder öffentliche Güter
120 dem Zwecke der Gewinnmaximierung zuführen will.

121 Die jahrelangen internen Querelen in unserer Bundespartei und die mit
122 „privatisierten“ Mandaten der Linken organisierte Abspaltung einiger
123 Bundestagsabgeordneter haben uns massiv geschadet. Die Wähler*innenwanderung
124 zum BSW zeigt: Diese Partei macht im Ergebnis nicht die AfD klein, wie zunächst als
125 Feigenblatt vor die Eigeninteressen Einzelner vorgeschoben, sondern schadet
126 ausschließlich der Linken. Das Programm des BSW ist eine zentral verordnete
127 Verzahnung von Sozialpolitik, Autoritarismus und Kulturkonservatismus und reicht
128 offenbar zur erfolgreichen Wutbewirtschaftung an der Wahlurne, um ohne praktische
129 Antworten Stimmen zu gewinnen. Ohne inhaltliche Positionen zu wichtigen Fragen in den
130 Wahlkampf zu gehen, lässt viel Raum für Projektion, die jedoch bald Enttäuschung
131 erfahren muss und wird.

132 Bei Wahlen auf allen Ebenen haben wir bundesweit seit Jahren zum Teil deutlich
133 verloren - nun auch in Thüringen. Mit 13,1 Prozent sind wir dennoch weiterhin stärker
134 als andere Landesverbände. Das darf aber kein Anlass sein, sich auszuruhen, im
135 Gegenteil. Wir erwarten von der Bundespartei eine deutlichere und einheitlichere
136 Außendarstellung, die wir noch stärker mit unseren politischen Positionen und
137 Personen hier in Thüringen begleiten wollen, um erkennbar zu sein und zu bleiben. Das
138 Wahlergebnis spiegelt nicht die Ergebnisse der Arbeit unserer Landesregierung der
139 letzten zehn Jahre wider - ist aber möglicherweise eine Folge von mangelnder
140 Kommunikation der Erfolge und mangelndem Aufbau eines politischen Um- und Vorfeldes,

3. Tagung des 9. Landesparteitages Die Linke Thüringen

141 das progressive Politik unterstützt, begleitet und in die Breite der Gesellschaft
142 bringt. Der anti-linken Hegemonie müssen wir künftig stärker als bisher Bemühungen
143 entgegensetzen, mit unseren Ressourcen und Möglichkeiten ein linkes Mosaik aus
144 Organisationen, Bewegungen, Aktiven und Medien, eine positive Erzählung über
145 progressive Politik und reichweitenstarke Multiplikatoren in unterschiedliche
146 Bereiche der Gesellschaft auszubauen. Dem „Schlechttreden“ Thüringens - entgegen der
147 faktischen Entwicklung des Landes! - durch AfD, FDP und CDU konnten wir zu wenig
148 entgegensetzen. Die Erzählung wurde und wird weiterhin medial aufgegriffen und
149 verstärkt. Zugleich überlagerten bundespolitische Themen und eine Stimmung gegen die
150 Ampel alle Debatten über landespolitische Fragen. Die Wahl war auch eine deutliche
151 Abwahl der Ampel-Parteien. In deren Sog gerieten auch wir durch die Beteiligung von
152 SPD und Grünen an der Landesregierung, auch das war ein Grund für unsere Verluste.
153 Unsere sachliche, aber auch zugespitzte Kritik an der Bundesregierung und den Ampel-
154 Parteien („Rote Karte für die Ampel!“) konnte in der aufgeheizten Stimmung gegen “die
155 Grünen“ nicht durchdringen. Ähnlich ging es unseren Initiativen für eine linke
156 Friedenspolitik: Deutliche Kritik an der Stationierung us-amerikanischer Raketen in
157 Deutschland, der Vorschlag einer europäischen Friedensordnung und ein eigenes Themen-
158 Plakat wurden übertönt von den unehrlichen Kampagnen von AfD und BSW.
159 Wahlentscheidend war das Thema Frieden laut den Nachwahlbefragungen zwar nicht. Aber
160 die reale Angst vor einem Krieg und die Sorge vor konfliktbedingten Preis-
161 Steigerungen liegt über der politischen Stimmung im Land und bedarf Antworten.
162 Letztlich trugen auch die Initiativen für „Taktisches Wählen“ dazu bei, Stimmen in
163 Richtung von CDU und Grünen zu verschieben. Wählen aus Überzeugung - das ist nun
164 einmal mehr überdeutlich - ist effektiver als eine taktische Stimmabgabe, die am Ende
165 auf das Konto konservativer Politik eingezahlt hat. Auch die wiederholte
166 Gleichsetzung unserer Partei mit der AfD durch die CDU - also die Dämonisierung der
167 Linken und die gleichzeitige Verharmlosung der AfD - war ein weiterer Baustein, uns
168 zu schwächen und die AfD zu stärken.

169 Wut, Empörung und Gefühle bestimmten den Wahlkampf in Gänze und verhinderten zu oft
170 rationale Diskussionen. Die Erfahrung gesellschaftlicher, ökonomischer und
171 politischer Ohnmacht aus mehr als drei Jahrzehnten sitzt tief und ist in die DNA der
172 Menschen in Thüringen übergegangen. Die vielfältigen Krisen der letzten Jahre -
173 Finanzkrise, Pandemie, Krieg gegen die Ukraine, Inflation - haben Vertrauen in
174 Politik als solche tief erschüttert und lassen kaum Hoffnung zu, es könnte uns allen
175 in naher Zukunft besser gehen. Dazu kommt eine sich herausgebildete, breite
176 „staatsablehnende Grundhaltung“, wie sie der Soziologie Stefan Mau beschreibt, die
177 den Strategien von AfD und BSW Tür und Tor öffnen und rationale Debatten um Lösungen
178 erschweren, gerade in einer Gesellschaft, in der langfristige Parteibindungen
179 schwächer ausgeprägt sind.

180 Der AfD ist zur stärksten politischen Kraft in Thüringen geworden und gewann fast
181 flächendeckend Stimmen hinzu. Nach ihren Erfolgen bei der Kommunalwahl ist die Partei
182 in den nächsten Jahren ein einflussreicher Gegner, der auf allen Ebenen bemüht sein
183 wird, rechte Ideen vor Ort in politische Praxis umzusetzen. Mit ihrer Sperrminorität
184 im Landtag wird sie zudem versuchen, Zugeständnisse der demokratischen Parteien zu
185 erpressen oder Entscheidungen zu sabotieren. Wir müssen feststellen, dass die Partei
186 überwiegend aufgrund ihrer klar erkennbaren Inhalte gewählt wird. Die Menschen
187 wissen, wofür Björn Höcke und seine Partei stehen. Es ist der Partei gelungen, ihre
188 Themen zum Dreh- und Angelpunkt der öffentlichen Debatten zu machen - bis hinein in
189 die großen Wahl-Podien. Dort war kaum Platz, um sachlich über Lösungen und Vorschläge
190 für das Land zu sprechen. Auch die identitätspolitische Aufladung des Wahlkampfs
191 bediente die AfD mit ihrer Kampagne und ließ keinen Raum, um über Stärken und Chancen

192 unseres Landes zu sprechen. Für uns als Linke muss klar sein: Linke Politik ist
193 antifaschistisch und demokratisch! Eine klare Abgrenzung nach rechts und die
194 Sperrminorität der AfD sowie ihr damit gesteigener Handlungsspielraum werden neue
195 Strategien benötigen. Wir werden intensiv über antifaschistische Strategien reden
196 müssen und eine politische Praxis entwickeln - auch und gerade zusammen mit all'
197 jenen, die von rechter Gewalt und Drohungen betroffen sind.

198 Rechte Erfolge sind auch Ergebnis der Schwäche von links. Die heutigen rechtsextremen
199 Wahlerfolge sind Ausdruck langfristiger Entwicklungen und Ergebnis eines Wandels von
200 politischer Kultur. Manche Positionen von CDU und FDP, oder teils auch asylpolitische
201 Entscheidungen der Ampel aus jüngster Zeit, entsprechen Positionen, die vor zehn
202 Jahren noch rechten Bewegungen vorbehalten waren. Hier gilt es, demokratische und
203 antifaschistische Haltung zu verbreitern, zu stärken und zur Grundlage der
204 gesellschaftlichen Debatten zu machen.

205 Es war und ist nicht egal, wer regiert

206 Wir dürfen nicht vergessen, welche Erfolge unsere Landesregierung erzielt hat. Von
207 der Einführung der Bildungsfreistellung für Arbeiter*innen und Angestellte über zwei
208 beitragsfreie Kindergartenjahre, mehr als 7.500 neu eingestellte Lehrer*innen, eine
209 deutliche Erhöhung der Gelder für die Kommunen, das größte
210 Schulbauinvestitionsprogramm, die Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen,
211 Schutzschirme während der Pandemie oder Energiekrise, ein Windkraftbeteiligungsgesetz
212 und die Einführung eines Feiertags für unsere Kinder bis hin zur Anschubfinanzierung
213 des heute sehr erfolgreichen „Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft“ oder
214 den Vergabe-Mindestlohn und einen Rettungsschirm für unsere Kliniken: Die Reihe
215 unserer Erfolge ist lang und insgesamt viel zu wenig von uns allen erzählt worden.

216 Eine links geführte Regierung macht einen Unterschied im Alltag der Menschen!
217 Erfolge, die bei uns als normal gelten, sind in anderen Bundesländern eben noch lange
218 nicht normal. Und vieles von dem, was wir erreicht haben, wird unter einer CDU
219 geführten Regierung sicherlich schnell wieder abgewickelt werden. Es wird eine
220 unserer Aufgaben sein, diese Erfolge weiterhin herauszustellen und den Unterschied zu
221 betonen: Es war und ist nicht egal, wer regiert! Es gilt, die Errungenschaften zu
222 verteidigen - im Parlament und gemeinsam mit den Menschen auf der Straße. Die
223 erfolgreiche Arbeit unserer Regierung hat auch darin Niederschlag gefunden, dass
224 unser Ministerpräsident Bodo Ramelow der mit Abstand beliebteste Politiker war und
225 ist. Unter unseren Wähler:innen mit fast 100 Prozent, aber eben auch bis weit hinein
226 in die Kreise der CDU. Nur bei den Wähler:innen der AfD war er unbeliebt. Das ist
227 kein Wunder, denn mit Bodo Ramelow war immer klar, was links und was rechts ist. Das
228 Profil unserer Partei und unseres Spitzenkandidaten waren immer deutlich erkennbar
229 und zeigen sich in Anstand und Haltung.

230 Unsere Ziele heute und morgen

231 Nach der Wahl müssen wir uns nun über kurz- und langfristige Ziele verständigen. Die
232 einen dürfen dabei den anderen nicht im Weg stehen, sie müssen zusammen gedacht
233 werden.

234 Wir wollen stabile und demokratische Mehrheiten in Thüringen für eine soziale,
235 gerechte und menschliche Politik - das haben die Menschen in unserem Land verdient.
236 Wir haben in den letzten Jahren immer wieder bewiesen, dass Die Linke in der Lage
237 ist, in schwierigen politischen Konstellationen progressiv zu gestalten. Wir haben
238 das Land sozialer gemacht und verbessert. Wir haben dem Kapitalismus Menschlichkeit
239 entgegensetzen können, im politischen Alltagsgeschäft aber auch in unserer Haltung.
240 2014 dachten wir, dass Regieren mit nur einer Stimme Mehrheit herausfordernd sei.

241 Dann mussten wir in den Jahren 2019 bis 2024 lernen, wie kompliziert eine
242 Minderheitsregierung ist. In all' der Zeit war Die Linke der Motor, die Ideengeberin
243 und das Zentrum der Koalition. Unsere Haltung und unsere politische Kraft haben
244 Stabilität in unsicheren Konstellationen geboten.

245 Nun haben die Thüringer*innen erneut gewählt - und wieder sind wir in einer
246 politischen Situation gelandet, die uns vor Herausforderungen stellt. Nicht ob wir
247 regieren oder in die Opposition gehen, muss uns jetzt bewegen, wenn wir ernst nehmen,
248 was wir uns seit vielen Jahren zum Ziel gesetzt haben. Vielmehr müssen wir uns die
249 Frage stellen, ob wir bereit sind, die Verantwortung, die uns dieses Wahlergebnis
250 gibt, zu tragen, für jene, die es nicht selbst können? Verantwortung für jene, die
251 uns ihr Vertrauen schenken. Gut dreizehn Prozent der Menschen haben weiterhin
252 konkrete Erwartungen an uns. Sie müssen im Mittelpunkt stehen, nicht unsere
253 Befindlichkeiten.

254 Wir wissen, was Unsicherheit mit den Menschen macht und wie sie unsere Gesellschaft
255 von innen heraus aushöhlt. Wir wissen, dass Unsicherheit Unfrieden in die
256 Gesellschaft bringt und Konflikte aufbrechen lässt. Wir wissen, dass ein Leben in
257 Unsicherheit nicht möglich ist. Unsere Zukunft darf nicht von Zufällen im Landtag
258 abhängen, sondern muss auf stabilen Pfaden gestaltet werden. Eine solche Stabilität
259 kann nur auf Grundlage sozialer, gerechter und menschlicher Politik fußen. Wir haben
260 Prinzipien, die wir auch dann nicht aufgeben, wenn es in der Welt stürmisch wird: Die
261 Würde des Menschen und das Sozialstaatsprinzip sind die Leitlinien unseres Handelns.
262 Diese Prinzipien haben uns immer geleitet, davon rücken wir nicht ab. Sie sind für
263 uns universal.

264 Als Linke tragen wir durch das Wahlergebnis eine besondere Verantwortung. Ohne uns
265 sind stabile demokratische Mehrheiten nicht möglich. Unsere Fraktion steht dazu mit
266 ihren 12 Stimmen, und unsere Landespartei streitet dafür mit ihren über 3.000
267 Mitgliedern. Wir werden deshalb selbstbewusst und eigenständig für unsere Ziele und
268 Inhalte streiten und lassen uns nicht einfach zum Mehrheitsbeschaffer für eine
269 Koalition aus 44 machen. Wir sind zwölf Stimmen und nicht eine, vier oder fünf. Wir
270 stehen geschlossen im Landtag und im Land und einer klaren Vorstellung davon, wie ein
271 soziales, gerechtes und demokratisches Thüringen aussehen kann. Mit unseren
272 Initiativen werden wir dafür werben. Anhand unserer politischen Vorstellungen werden
273 wir künftig parlamentarische Initiativen der demokratischen Parteien und Entwürfe zu
274 den Landeshaushalten messen.

275 Dazu haben wir in den letzten zehn Jahren zu viel erreicht, dass es nun zu
276 verteidigen gilt. Ein Zurück wollen wir nicht. Wir werden zudem der Gestaltungsmacht
277 der AfD im Landtag, in den Kommunen und in der Gesellschaft so weit wie möglich
278 Einhalt gebieten. Das ist Teil der Verteidigung des Landes gegen den Faschismus.

279 Schritt für Schritt: Unser Projekt 2029 für eine starke Linke

280 Seit 1990 waren die Thüringer PDS und später Die Linke bei jeder Landtagswahl stärker
281 geworden - auch dann noch, als anderswo bereits deutliche Stimmenverluste erkennbar
282 wurden. Der pragmatische und zugleich visionären „Thüringer Weg“, mit seiner
283 Fokussierung auf die realen Probleme der Menschen einerseits, dem Zusammenbringen
284 unterschiedlicher linker Ansichten andererseits und seiner Orientierung am
285 demokratischen Sozialismus als gesellschaftliches Ziel war erfolgreich. Dazu gehörte
286 auch die Offenheit gegenüber Menschen, die erst einmal ohne Parteibuch zur PDS /
287 Linken kamen, um hier für soziale und demokratische Interessen zu kämpfen. Mit der
288 Wahlniederlage ist der bisherige Weg nicht zu Ende. Aber er muss aufbauend auf den
289 Erfahrungen und dem bisherigen Weg erneuert und gemeinsam im Landesverband diskutiert
290 werden. Die in den 1990er Jahren formulierte Idee eines linken Reform-Bündnisses für

3. Tagung des 9. Landesparteitages Die Linke Thüringen

291 die Interessen der Menschen in Thüringen darf nach dieser Wahlniederlage nicht zur
292 Seite gelegt, sondern muss erneuert werden.

293 Das Wieder-Erstarken als Partei - das muss allen klar sein - wird kein Sprint,
294 sondern ein Langstreckenlauf, nicht nur hier in Thüringen, sondern auch im Bund. In
295 den kommenden Jahren des wachsenden gesellschaftlichen Konservatismus wird die
296 politische Gestaltungsmacht anders aussehen, als in den Jahren seit 2014.

297 Wir werden wieder stärker die Arbeit in den Kommunen in den Blick nehmen und ebenso
298 die Kooperation mit Gewerkschaften, Sozialverbänden, Vereinen und Bewegungen gezielt
299 ausbauen und neu entwickeln müssen. Wo müssen wir uns noch mehr als bisher
300 gesellschaftlich und institutionell verankern, um wieder stärker zu werden und
301 mittel- und langfristig progressive Politik zu ermöglichen? Wie gelingt es, unser
302 Vor- und Umfeld - der IG Metall Vorstand Hans-Jürgen Urban nannte das einst das
303 „linke Mosaik“ - durch gemeinsame Arbeit zu stärken und für eine wirksame Linke in
304 und um die Partei zu gewinnen? Schaffen wir es, die Aktivitäten zu verzahnen und
305 tragen die Interessen einzelner Verbände wirklich in unseren Vorstand und sorgen
306 selbst in unseren Funktionen aktiv dafür, sie als gesamte Linke zu unterstützen? Und
307 wo haben parlamentarische wie außerparlamentarische Strategien im Kampf gegen den
308 Faschismus nicht gewirkt und müssen neu gedacht werden?

309 Im Parlament und den Institutionen des Landes wird unsere Rolle eine andere sein -
310 egal, wie die seit September 2024 laufenden Gespräche mit den anderen demokratischen
311 Parteien ausgehen. Dabei ist unsere Ausgangslage in einem Punkt deutlich besser als
312 2014: Wir wissen heute viel besser als damals über Abläufe, Strukturen, Mechanismen
313 und inhaltliche Details der Landesverwaltung bescheid. Es wird für unsere künftige
314 Arbeit auch darum gehen müssen, unsere Erfolge und unsere Erfahrungen aus den Jahren
315 der Regierung systematisch auszuwerten und nutzbar zu machen. Wo haben wir zum
316 Beispiel bei den Kommunal- und Oberbürgermeisterwahlen Stimmen gewonnen? Wo konnten
317 wir in Verwaltungen, Parlamenten oder auch außerparlamentarisch Erfolge erzielen? Wie
318 nutzt uns Personalisierung und wie können wir sie stärken? Denn der Zugewinn an
319 absoluten Stimmen bei drei unserer Direktmandate und Gewinne bei mehreren
320 Kandidaturen bei den Kommunalwahlen können uns Hinweise geben, wie entgegen des
321 Trends Erfolge erzielt werden können.

322 Auf welchem Weg gelingt es, die jungen Menschen, die aus Angst und Sorge vor Ihrer
323 Zukunft bei dieser Wahl rechts gewählt haben, wieder für eine gesellschaftliche und
324 politische Linke zu gewinnen, um langfristig wirken zu können? Klar ist: Erlebare
325 politische Mitbestimmung auf Augenhöhe, Respekt vor den Ideen und Wünschen,
326 Politische Bildung, Jugendarbeit, Verankerung an Hochschulen, unter Auszubildenden
327 sowie in Schulen und Schüler:innenvertretungen müssen in den Blick genommen werden,
328 wollen wir in fünf bis zehn Jahren wieder stärker sein. Das heißt auch, unsere
329 aktiven Mitglieder noch besser dafür fit zu machen, Verantwortung in Partei,
330 Verwaltungen, Fraktionen und Gesellschaft zu übernehmen, um dort für eine
331 fortschrittliche Politik wirken zu können. Das geht mit besserer (Aus-)Bildung, mit
332 aktivem Netzwerken - ein „linkes LinkedIn“ - und vor allem dem Wissen darum, das es
333 einen Unterschied macht, wer in den Institutionen für die Menschen ansprechbar ist,
334 sie in ihren Interessen unterstützt und auch Entscheidungen trifft. Der anti-linken
335 Hegemonie müssen wir Bestrebungen entgegensetzen, in allen Strukturen der
336 Gesellschaft stärker als bisher (wieder) mitzureden. Kultur, Institutionen, Medien,
337 Hochschulen und Bildungseinrichtungen, Vereine, Sozialverbände, Initiativen und
338 Kleingärten - Meinung und Haltung werden jeden Tag im Gespräch am Gartenzaun, in den
339 Schulen, in den Werbeblättchen aus dem Briefkasten, in den Talkshows oder am
340 Stammtisch herausgebildet, erneuert oder auch verändert. Aufgebaut haben wir dazu im
341 Wahlkampf bereits einiges. Nun gilt es das nutzbar zu machen, auszubauen und nicht

342 erst zur nächsten Landtagswahl wieder zu aktivieren. Telefonaktionen wie zu Beginn
343 des Jahres dürfen daher keine Eintagsfliegen sein. Die Aktivierung und Organisation
344 der Mitglieder muss in den Fokus der Arbeit vor Ort, bei gleichzeitiger Entlastung
345 der Strukturen.

346 Die Debatte um gesellschaftliche Veränderung und programmatische Erneuerung, stärkere
347 politische Bildung, die Organisation unserer Partei und unseres Umfelds sowie die
348 enge Verzahnung mit gesellschaftlichen Bewegungen und Akteuren werden wichtige
349 Elemente sein, um als Partei wieder an Stärke zu gewinnen. Zuhören, überzeugen,
350 Lösungen entwickeln und anbieten sowie gemeinsam mit den Menschen für einen besseren
351 Alltag sorgen, das sind Bausteine für den Wiederaufstieg als Partei. Unserer
352 Landtagsfraktion wird dabei eine wichtige Rolle zukommen - als wahrnehmbarste
353 Akteurin zwischen den Wahlen, als Ansprechpartnerin für die Menschen und
354 Organisationen, als inhaltlicher und strategischer Think-Tank für neue Ideen und
355 Lösungen sowie als Ort der Sammlung linker und progressiver Kräfte. Unser „90 Tage
356 Programm“ mit zwölf Initiativen für die ersten Monate der neuen Legislatur - unter
357 anderem für eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft, bezahlbare Mobilität, bessere
358 Bedingungen für Auszubildende oder gelingende Zuwanderung statt Abschottung - ist ein
359 erster Schritt, um ab dem ersten Tag nach der Wahl klar zu machen: Für uns stehen
360 nicht Konstellationen im Mittelpunkt, sie sind nur Mittel zum Zweck. Für uns stehen
361 Inhalte und die Interessen der Menschen im Fokus. Dafür streiten wir mit unseren
362 zwölf Abgeordneten im Landtag und als gesamte Partei. Unser Ziel, eine linke und
363 antifaschistische Volkspartei zu sein, dürfen wir nur wegen einer Wahlniederlage
364 nicht aufgeben.

365 Erreichbar, handlungsfähig, hörbar

366 Um unsere politischen Aufgaben erfüllen zu können, werden wir uns auch
367 organisatorisch erneuern müssen. Dazu gehören strukturelle Ziele, wie die
368 Erreichbarkeit von Partei und Abgeordnetenbüros in allen 21 Kreisen und der Erhalt
369 von Bürostrukturen. Vor Ort sein, erreichbar sein - das muss ein Ziel sein. Eine
370 Bürostruktur zu erhalten, ist allein noch kein Garant für Erfolg. Alle Abgeordneten
371 und wir als Partei werden gemeinsam mit den Kreisverbänden daher konkrete Schritte
372 besprechen, um die Erkennbarkeit und das Profil der Linksfraktion in der Fläche zu
373 schärfen.

374 Um wieder stärker in die Gesellschaft zu wirken und uns auf Politik konzentrieren zu
375 können, müssen wir unsere Kreis- und Stadtverbände von Verwaltungsaufgaben entlasten.
376 Dazu brauchen wir andere Strukturen. Wir haben gelernt, dass viele Neumitglieder
377 nicht automatisch Entlastung auf der Ebene der Kreisvorstände und
378 Wahlkampforganisation bedeuten. Um den Fokus vor Ort auf die erste erfolgreiche
379 Aktivierung von Mitgliedern lenken zu können, braucht es Entlastung bei der
380 Vorstandarbeit, der Schatzmeisterei oder Mitgliederverwaltung. Hier geht es um
381 Aufgaben, die wir wie bereits im Ergebnis der AG Partei- und Personalstruktur
382 beschlossen hatten, durch die mögliche Verlagerung von Aufgaben an die Landespartei
383 und durch die Fusion von Kreisverbänden, zu bündeln. Das müssen wir jetzt angehen, um
384 die Struktur der Partei fit zu machen für die Aufgaben, die vor uns liegen.

385 Auch der Wandel unserer Mitgliedschaft, die Beitritte vieler jüngerer Menschen,
386 veränderte Lebens- und Arbeitswelten der Menschen, neue Formen von Partizipation und
387 Erwartungen, Notwendigkeiten und Chancen von Digitalisierung stellen uns vor große
388 Herausforderungen. Weniger hauptamtliches Personal und über Jahre aufgewachsene
389 Strukturprobleme brauchen Antworten und eine Organisationsentwicklung, die uns ins
390 21. Jahrhundert hebt. Die politische Arbeit und das Leben der Partei brauchen wieder
391 mehr Ehrenamt und muss auf mehr Schultern liegen. Das betrifft auch die Organisation

392 unsere Kreisgeschäftsstellen, die stärker als bisher auch zu Orten der Begegnung und
393 des Austauschs werden müssen. Zudem müssen unsere Funktionsträger*innen auf allen
394 Ebenen - egal ob im Kreisvorsitz oder der Arbeit im Landesvorstand bei der Mitarbeit
395 in den Wahlbüros und der Geschäftsführung oder für die Mandatsausübung - regelmäßig
396 gezielte Angebote für Schulung und Qualifizierung erhalten. Wir sprechen oft vom
397 politischen Handwerkszeug. Wie das effektiv vermittelt und Wissen geteilt werden
398 kann, dazu müssen und werden Partei und Fraktion im Austausch mit der Rosa-Luxemburg-
399 Stiftung und den Thüringengestalter:innen konkrete Maßnahmen entwickeln und sie
400 umsetzen.

401 Auch unsere Medien- und Öffentlichkeitsarbeit müssen wir - auch als Antwort auf den
402 rechten Kulturkampf und die Medienstrategien der Rechten sowie den allgemeinen Wandel
403 der Medienwelt - weiterentwickeln. Statt Botschaften, die wenig polarisieren, setzen
404 wir wieder stärker auf Zuspitzung. Wir setzen Akzente, machen den linken Markenkern
405 unserer Politik klar, benennen konkrete Vorschläge verbunden mit der
406 gesellschaftlichen Vision eines besseren Morgen, verknüpfen das Soziale mit Freiheit
407 und Gleichheit - und haben im Blick, wo für progressive Vorstellungen
408 gesellschaftliche Mehrheiten existieren. Wir werden überdenken müssen, wie wir unsere
409 Reichweite und politische Aufmerksamkeit erhöhen, um nicht den rechten Akteur*innen
410 die Deutungshoheit zu überlassen. Auch an der Choreographie unserer politischen
411 Arbeit müssen wir arbeiten, um kontinuierlicher Präsenz zu sein. Neben den
412 innerparteilichen Formalia unserer Abläufe und die sachlichen Argumente muss - wollen
413 wir wieder stärker werden - immer die beste Öffentlichkeitsarbeit mitgedacht werden.
414 Jeder Schritt, jede Entscheidung, jede Neuigkeit wird „verkauft“. So bleiben wir im
415 Gespräch, so machen wir uns interessant. Wir werden die notwendige klassische
416 Pressearbeit effektiver machen, aber vor allem noch stärker als bisher die direkte
417 Kommunikation ausbauen - auf allen Ebene: Vom Haustürgespräch, Präsenz auf den
418 Straßen zwischen den Wahlen, in den digitalen „Social Media“ und mit Newslettern,
419 aber auch mit regelmäßigen „klassischen“ wenn auch neu aufgestellten Print-Produkten
420 für Massenverteilungen. Sommer-Kampagnen, Touren durch die Kreise, thematische
421 Veranstaltungsreihen, gezielte Podien und Debatten-Räume für Multiplikatoren, und
422 mobile Beratungs- und Unterstützungsangebote von Partei und Fraktion. Wir werden
423 unsere Öffentlichkeitsarbeit in allen Facetten prüfen und gegebenenfalls umbauen
424 müssen. Reichweite, positive Botschaften, Themen-Setzen und Schnelligkeit, um
425 Debatten mitzubestimmen, sind Ziele der Öffentlichkeitsarbeit, die für alle Projekte,
426 Vorhaben und Entscheidungen mitgedacht werden müssen. Hier können wir auf dem
427 Erreichten aufbauen, denn im Wahlkampf konnten wir die AfD in Sachen Online-
428 Reichweite auf einigen Feldern in Thüringen überholen. Aufholen konnten wir damit die
429 rechte Hegemonie im politischen Umfeld noch nicht, aber das war und ist ein Baustein,
430 um die Rechte zurückzudrängen.

431 2029: Mehrheit für eine linke Regierung!

432 Vor kurzem schrieb eine Genossin im Internet: „Was ist das Mutigste, das Du je getan
433 hast? Meine Antwort: Weitermachen, obwohl ich aufgeben wollte.“ Wir haben Mut und wir
434 erhalten uns den Mut, weiterzumachen, gewinnen zu wollen und gewinnen zu können. Die
435 Thüringer Linke hat seit 1990 bewiesen, dass wir Wahlen gewinnen und regieren können.
436 Wir waren und sind in der Lage, unsere Gesellschaft im Sinne unserer politischen
437 Ziele zu gestalten. Wir müssen jetzt die Grundlage für eine erneuerte, starke Linke
438 und eine erkennbare, progressive Kraft in Thüringen legen, die 2025 zur
439 Bundestagswahl und 2029 zu den Kommunal- und der Landtagswahl wieder stärker wird.
440 Denn es braucht eine politische Kraft, die den Mut hat, etwas zu verändern. Soll
441 Thüringen eine Zukunft haben, braucht es Veränderung. Das machen wir deutlich, wenn

442 wir Ideen entwickeln, einbringen in die politische Debatte um...

- 443 • ... den Wohnungsmarkt durch eine Landesgesellschaft zu gestalten.
- 444 • ... Ackerland in Bauernhand zu behalten, weil es nicht zum Spekulieren da ist.
- 445 • ... Zuwanderung durch eine Behörde zu gestalten, statt durch viele zu verhindern.
- 446 • ... Bildung beitragsfrei zu machen, um beste Chancen für alle Kinder zu bieten.
- 447 • ... Krankenhäuser zu Gesundheitszentren in öffentlicher Hand zu machen.
- 448 • ... einen Verkehrsverbund mit einem günstigen Ticket und mehr Angeboten zu haben.
- 449 • ... Energie hier zu erzeugen und Gewinne daraus hier zu investieren.
- 450 • ... Verwaltungsstrukturen modern zu denken, um Bürokratie abzubauen.
- 451 • ... Investitionen in die Zukunft nicht der Schuldenbremse zum Opfer fallen zu
- 452 lassen.
- 453 • ... Industriebeschäftigten eine Zukunft in der Betriebshalle statt vor dem
- 454 Werkstor zu bieten.
- 455 • ... die Demokratie im Land zu schützen, weil Faschisten noch nie etwas Gutes
- 456 gebracht haben.

457 Für all' das und einiges mehr werden wir in diesem Landtag und in diesem Land
458 selbstbewusst streiten! Wir sind nicht zum Abnicken da, sondern zum Machen. Diesen
459 Weg gehen wir als Landespartei gemeinsam mit dem Landesvorstand, unseren
460 Kreisverbänden, den Genoss*innen und unserer Landtagsfraktion. Wir wollen Raum dafür
461 bieten, zur Sammlung der progressiven politischen Kräfte im Land zu werden und 2029
462 wieder eine Mehrheit für eine linke Regierung zu haben. Sozial, gerecht und für Alle!

Begründung

erfolgt mündlich